

**Reihe:**

**Agenda, Expo, Sponsoring -  
ein Blick in den Naturschutzfilz**

**Autor: Jörg Bergstedt**



# **Filz zwischen Staat und Umweltverbänden**

**1 Mark**

## Impressum

Diese Broschüre ist die Kurzfassung eines Kapitels für das Buchprojekt "Agenda, Expo, Sponsoring - ein Blick in den Naturschutzfilz".

Autor: Jörg Bergstedt

Das Buch soll im Jahr 1998 erscheinen.

Das hier gekürzt wiedergegebene Kapitel behandelt den engen Filz zwischen Staat und Umweltverbänden sowie die daraus entstehende Unabhängigkeit.

Das Buch insgesamt behandelt zudem die Verknüpfungen mit dem Staat, den Medien sowie viele weitere Aspekte, die erklären, warum Umweltschutzgruppen nicht mehr unabhängig arbeiten.

Grundlage ist ein umfangreiches Archiv in der Projektwerkstatt Ökologie in Niederaula. Alle Behauptungen sind durch Unterlagen aus diesem Archiv beweisbar.

Stand: Oktober 1997

## Abkürzungen

Folgende Abkürzungen tauchen im folgenden Text immer wieder auf:

DNR: Deutscher Naturschutzring  
(Dachverband der großen Umweltverbände mit Ausnahme von Greenpeace)

EU: Europäische Union

GAP: Global Action Plan (konservativ angehauchte Idee eines Netzwerkes von Selbstverpflichtungs-Öko-Gruppen)

SDW: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

UBA: Umweltbundesamt (oberste Fachbehörde, der Umweltministerin Merkel unterstellt)

### Die Broschüren-Reihe insgesamt:

Nr. 1: Großkonzerne und Umweltverbände auf Schmusekurs	1,- DM
Nr. 2: Filz zwischen Staat und Umweltschutz	1,- DM
Nr. 3: Anders leben = Anbiedern und labern?	1,- DM
Nr. 4: Jugendumweltbewegung heute	1,- DM
Nr. 5: Kurzportraits der Umweltverbände	1,- DM
Nr. 6: Verden: Ein klassischer Etablierungsprozeß	1,- DM

**Versand: Plus 3,- DM Porto pro Bestellung beim Büchertisch, Ludwigr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.**

# Filz zwischen Staat und Umweltverbänden

**Unabhängigkeit gilt eigentlich als eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirkungsvolle Aktionen bzw. durchsetzungsfähige Lobbyarbeit. Der Großteil der Bevölkerung glaubt, daß Umweltverbände diese Aufgaben zu weiten Teilen auch leisten können. Doch damit irren sie: Fast alle wichtigen Gremien der Umweltverbände, -zentren, -akademien usw. stehen unter staatlicher Kontrolle. Parteimitglieder und Staatsbedienstete sitzen auf den Posten, institutionelle Förderungen schaffen finanzielle Abhängigkeiten, Urkunden und Preise beruhigen, Beiräte oder Runde Tische saugen die letzten KämpferInnen aus. Übrig bleiben zahme Gruppen und Verbände, die nicht mehr fähig sind, bei Umwelterstörungen Widerstand zu leisten.**

Insgesamt nutzt der Staat viele verschiedene Möglichkeiten, um Abhängigkeiten herzustellen. "Zuckerbrot und Peitsche" könnte man zusammenfassend sagen, wobei das "Zuckerbrot" deutlich überwiegt, weil es in der Regel ausreicht, um Wohlgefälligkeit zu erzeugen.

## **Informationsflüsse**

Bei den Behörden, Ämtern und Ministerien laufen die wichtigen Informationen zusammen. Wer sich im Umweltschutz engagiert, wird versuchen, an diese Informationen zu gelangen: Grenzwerte, Emissionskataster, Pläne für neue Straßenbauten, Protokolle von Sitzungen und vieles mehr. Jedoch: Ein allgemeines Akteneinsichtsrecht gibt es in Deutschland nicht. Der durch das EU-Gesetz zum freien Zugang zu Umweltinformationen geschaffene Weg ist den meisten unbekannt und zudem oft teuer und schwierig. Aus dieser Lage schlägt der Staat Kapital: Er läßt die ihm genehmen Verbände an die Informationen heran und grenzt gleichzeitig andere aus. Um seine Kontrolle auch durchführbar zu gestalten, erhalten nur solche Or-

ganisationen einen besonderen Zugang zu Daten, die über mindestens landesweite, zentrale Strukturen verfügen. Mit dieser Festlegung werden alle Netzwerke und autonomen Aktionsbündnisse ebenso von den Informationsflüssen ausgeschlossen wie einzelne BIs vor Ort.

Im Einzelnen finden sich folgende Methoden, nur ausgewählte Personen und Gruppen an Informationen zu lassen und damit angepaßtes Verhalten zu belohnen:

- Besondere Beteiligungsrechte für die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände bei Planungen und Schutzgebietsausweisungen.
- Bildung verschiedener Gremien, Kommissionen wie z.B. die Jury bei einem Umweltpreis oder Geldvergabe-gremien.
- Diskussion wichtiger Naturschutzfragen, teilweise mit Entscheidungsrecht, in sogenannten Naturschutzbeiräten, zu denen nur die anerkannten Verbände (nach § 29) sowie PolitikerInnen Zutritt haben. Wer in einem solchen Gremium sitzt, hat in der Regel sehr gute Informationszugänge.

# Tabelle zum Filz zwischen Staat und Umweltverbänden

<b>Wer?</b>	<b>Partelleute und Beamte in Gremien</b>	<b>Mitarbeit in staatlichen Gremien</b>	<b>Agenda und EXPO</b>	<b>Ausführende Stelle staatlicher Aufgaben</b>	<b>Besondere Kooperationen</b>
<b>BUND</b>	Mehrheit von SPD-Mitgliedern im Bundes- und in vielen Landesvorständen. Zudem einige Staatsbedienstete.	Starke Mitarbeit in Gremien zu Agendaprozessen auf allen Ebenen. Gemeinsame Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstudien. In allen wichtigen Beratungsgremien der Bundesregierung vertreten.	Einzelne Untergliederungen als EXPO-Projekte anerkannt. Mitarbeit bei Agendaprozessen fast überall. Bundesverband strebt intensive Kooperation mit EXPO an.	Keine zentralen, überregionalen Aufgaben.	Gemeinsame Presseauftritte und -erklärungen mit MinisterInnen usw., z.B. Angela Merkel. Mitglied im DNR (s.u.).
<b>NABU</b>	Viele Staatsbedienstete in Vorständen. Zudem einige Parteimitglieder.	In allen wichtigen Beratungsgremien der Bundesregierung vertreten.	Einzelne Untergliederungen als EXPO-Projekte anerkannt. Auf Bundesebene interessiert, aber wenig zielstrebig in der Umsetzung.	Wie BUND.	Wie BUND. Mitglied im DNR.
<b>WWF</b>	Kaum Staatsbedienstete in den Vorständen. Fast alle Aktiven sind Hauptamtliche des WWF selbst oder Wirtschaftsleute.	Teilweise vertreten. Zusammenarbeit mit Weltbank, staatlichen Entwicklungshilfestellen und offiziellen Verwaltungen.	Stark an EXPO-Mitarbeit interessiert.	Teilaufgaben im Artenschutz und in der Schutzgebietsbetreuung.	Keine. Mitglied im DNR.
<b>Greenpeace</b>	Bekanntester Fall: Monika Griefahn wechselte vom GP-Chefsessel zur SPD in Niedersachsen (Umweltministerin). Sonst wenig bekannt.	Kaum. In internationalen Gremien stark vertreten.	Desinteresse an beidem. Greenpeaceregionalgruppen allerdings oft bei Agenda-Prozessen dabei. Keine Position des Bundesverbandes.	Keine.	Keine. Kein Mitglied im DNR.

<b>BBU</b>	Mehrheit von SPD- und Grünenmitgliedern in zentralen Positionen.	Umstritten. Die Mehrheit des Vorstandes hält Mitarbeit in Gremien für wichtig und versucht auch selbst, dort Posten zu erhalten. LBU in Niedersachsen stark in Gremienarbeit eingebunden.	EXPO-kritisch. Agenda mehrheitlich als sinnvoll empfunden und aktiv unterstützt. LBU Niedersachsen sehr stark für die Agendaarbeit engagiert.	Keine. Es gab Überlegungen, für das Umweltbundesamt Materialverbände zu übernehmen.	Keine. Mitglied im DNR (Austritt wird ständig diskutiert).
<b>DNR</b>	Präsident ist CSU-Mitglied, weitere Vorstandsmitglieder in anderen Parteien.	In allen wichtigen Gremien. DNR übernimmt oft die Vertretung aller Umweltverbände bzw. vergibt die Posten in den Gremien. Dadurch zentrale Schnittstelle.	1996 wurde EXPO-kritischer Beschluß aufgehoben. DNR ist an Beteiligung an EXPO interessiert. Agenda-Prozesse werden voll unterstützt. Rio-Konferenz '92 wurde positiv bewertet und die Bundesregierung gelobt.	Häufiger Übernahme von Aufgaben im Auftrag der Bundesregierung (Öffentlichkeitsarbeit, Vertretung, Geschäftsführung für Bundesregierungs-Wettbewerbe usw.).	Der DNR ist finanziell nicht eigenständig, sondern im wesentlichen Teil des Haushaltsplanes der Bundesregierung. Eigenständige Finanzentscheidungen sind kaum möglich. Alle Stellen und zentralen Bereiche hängen von der Bundesregierung ab.
<b>AGU</b>	Viele Wirtschaftsleute und Staatsbedienstete in allen Gremien. UmweltschutzvertreterInnen sind in allen Gremien in der deutlichen Minderheit.	AGU ist der Verein, der viele der bestehenden Gremien eingerichtet hat. Das ist auch sein Vereinszweck.	Nur Diskussionsgremium, daher keine Entscheidungen zu diesen Themen.	Arbeit im Auftrag und unter Federführung der Bundesregierung. Kein eigenständiger Wirkungsbereich.	Vom Vereinszweck her nur zur Organisation von Diskussionen und Austausch zwischen Regierung, Wirtschaft und Umweltverbänden existent.

Die anerkannten und damit privilegierten Umweltverbände nutzen ihre besondere Rolle oft aus und verweigern unabhängigen Gruppen bzw. der Öffentlichkeit die Weitergabe von Informationen. Sie geben an, die Informationen "treuhänderisch" vom Staat bekommen zu haben, was purer Unsinn ist. Die Verbände haben nach der Rechtslage ein Anrecht auf diese Infos und brauchen diese auch nicht bei sich zu behalten. Ganz im Gegenteil könnten sie sich als Anwalt nicht nur der Natur, sondern auch der recht- und informationslosen Menschen machen und diese aktiv einbinden.

### **Geldvergabe**

Durch die Orientierung an modernen Managementmethoden haben die meisten Umweltverbände einen umfangreichen Hauptamtlichenstab und PR-Methoden aufgebaut. Diese bedürfen aber eines ständigen, hohen Geldaufkommens. Daraus entsteht ein Teufelskreis: Mehr Zuschüsse (oder auch Firmenspenden) ermöglichen den Ausbau der Infrastruktur einer Organisation, vor allem der zentralen Geschäftsstellen. Mehr Personal aber bedeutet mehr dauerenden Geldbedarf usw. In dieser Situation entscheiden sich die meisten EntscheidungsträgerInnen, vor allem aber die auch persönlich von den Geldflüssen abhängigen Hauptamtlichen, für einen Vereinskurs, der die Einnahmequellen nicht in Frage stellt, sondern eher noch erweitert. Das bedeutet aber angesichts der vier Hauptherkünfte von Geld (Mitgliedsbeiträge, staatliche Zuschüsse, Spenden und Sponsorings), die jeweiligen GeldgeberInnen nicht zu verprellen. Unter anderem also heißt das: Staat und Industrie nicht zu hart kritisieren bzw. gar Widerstandsaktionen durchführen.

Die Geldvergabe ist von Seiten des Staates in feste Formen gegossen. Das erhöht die Kontrollierbarkeit, da sich die antragstellen-

den Organisationen den Spielregeln der Geldvergabestellen anpassen müssen.

Im Einzelnen bestehen folgende Förderungswege:

- Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Eine reiche Stiftung mit einer Ausschüttung von über 200 Mio. DM jährlich. Förderungssummen unter 200.000,- DM sind ungewöhnlich, wodurch die zentralen Strukturen gestärkt und unabhängige Initiativen aus der Förderung rausgehalten werden. Die Geldvergabe ist fest in der Hand der Bundesregierung und ihr nahestehender Organisationen.
- Umweltbundesamt: Das UBA vergibt Projektförderungen und institutionelle Hilfen. Letztere sind besonders gefährlich, daß durch sie zentrale Bereiche der Organisation betroffen sind, z.B. Verwaltung, Personal, Miete usw.
- Staatsnahe Stiftungen: Vor allem auf Landesebene bestehen verschiedene Stiftungen, die Naturschutzprojekte fördern. Die Federführung bei der Vergabe der Geld liegt meist bei staatlichen oder staatsnahen Stellen.
- Naturschutztopfe: Auf allen Ebenen, vor allem aber im kommunalen Bereich, gibt es Fördergelder für konkrete Naturschutzmaßnahmen. Politische oder Öffentlichkeitsarbeit wird in der Regel nicht unterstützt, sondern nur praktische Arbeiten in der Landschaft.
- Feste Haushaltstitel: Möglich ist, daß Zuschüsse für Verbände nicht aus einem Fördertopf kommen, sondern direkt im Haushaltsplan abgesichert sind. So ist z.B. der Hauptteil der Ausgaben des Deutschen Naturschutzringes (DNR), dem Dachverband der Umweltverbände, Teil des Haushaltes im Bundesumweltministerium. In einem solchen Fall gibt es keine eigene Haushaltskontrolle mehr, sondern eine vollständige finanzielle Abhängigkeit vom Geldgeber. Nicht immer ist es so schlimm wie beim DNR, wo der

gesamte Haushalt betroffen ist. Häufiger sind Miet-, Personalkosten- oder andere regelmäßige Zuschüsse zu Verwaltungsausgaben (z.B. Pauschalen für die nach § 29 anerkannten Verbände) Teil der Haushalte von Bund, Land oder Kommunen. Auch in diesen Fällen sind damit zentrale Bereiche vom Wohlwollen des Staates abhängig.

- Materielle und personelle Hilfe: Nicht immer läuft Unterstützung in Form von Geld. Manchmal werden die benötigten Werte auch direkt zur Verfügung gestellt. Ein typisches Beispiel ist die Bereitstellung von Räumen in staats- oder gemeindeeigenen Gebäuden. Weitergehender ist die Abstellung von Personal, z.B. wenn ein Bediensteter einer Gemeinde oder des Staates das Umweltzentrum bzw. einen anderen Bereich einer eigentlich unabhängigen Organisation leitet.
- Bestechung: Nur selten ist nötig, was offensichtlich die Unabhängigkeit zerstört. In indirekter Form nach dem Motto "Wenn Ihr da zustimmt, gibt es da und dort Unterstützung" ist Bestechung jedoch weit verbreitet.

Die genannten Formen der Beeinflussung durch Geld verstärken sich. Auf Landes- und Bundesebene wirken bei dem Umweltverbänden in der Regel mehrere der genannten Faktoren. Aber auch auf Kreis- und Orts ebene gibt es finanzielle Abhängigkeiten. Dabei müßte Staatsknete noch nicht einmal ganz abgelehnt werden, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wichtig ist nur, darauf zu achten, daß das Geld von Staat oder auch Firmen nicht zur Notwendigkeit wird, sondern nur zu einem echten Zuschuß, ohne den die Arbeit auch möglich wäre (wenn auch vielleicht etwas langsamer oder in veränderter Form).

## **Urkunden, Ehre, Karriere**

Geld ist nicht alles. Um Menschen gefügig zu machen, kann man ihnen außer Geld auch noch persönliche Imagegewinne versprechen - durch Belobigung oder durch die Förderung der Karriere in Beruf oder Vereinen.

Beispiele:

- In der ersten Hälfte der 90er Jahre sind Umweltpreise wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Umweltschutzgruppen haben sich beworben, denn Preise versprochen öffentlichen Imagegewinn und oft auch Geld. Diejenigen, die die Preise vergeben haben, hatten ebenfalls doppelten Nutzen: Für wenig Geld gab es eine umfangreiche öffentliche Wirkung (gut für Wahlkampf, Imagewerbung usw.). Und sie schafften damit einen zusätzlichen Grund, warum sich Umweltgruppen ihnen gegenüber freundlich verhielten, denn schließlich will sich ja keineR die Chance auf einen Preis verderben.
- Zusätzlich zu den Umweltpreisen gibt es noch Ehrungen, z.B. das Bundesverdienstkreuz oder ähnliche Orden, Ehrenbriefe usw. der Länder, Kreise und Gemeinden. Auch innerhalb der Umweltverbände wird mit solchen Ehrungen vorgesorgt: Wer eine goldene Ehrennadel will, darf auch intern nicht zu kritisch sein.
- Eine bemerkenswerte Sichtweise ist das Ziel, von besonderen Ämtern oder hauptamtlichen Stellen in Naturschutzzentren oder -verbänden direkt in den Staatsdienst zu wechseln. Bei vielen UmweltschützerInnen ist dieses Streben spürbar. Ausgenommen sind in der Regel nur die, die schon eine sichere Stellung beim Staat oder einem Industriebetrieb haben. Diese "Karrieredurchlässigkeit" vom Umweltschutz zum Staat ist vor allem daher bedenklich, weil ja eigentlich ein Umweltschutzverband ein unbequemer Kontrolleur des Staates sein sollte und

daher gute UmweltschützerInnen beim Staat eher unbeliebt sein müßten. Das Gegenteil aber ist das Fall. Gerade bei den SpitzenfunktionärInnen herrschen Anbiederei und "kollegialer Stil" mit den Verwaltungen des Staates vor.

### **Direkte Verflechtungen**

Der Filz zwischen Staat und Umweltschutzverbänden besteht auch auf ganz direktem Wege. Überall sitzen Parteimitglieder und Staatsbedienstete in den Entscheidungsgremien. Staat und Umweltverbände arbeiten auf vielen Feldern zusammen - allerdings vorzugsweise solchen, die beiden Imagegewinn bringen, der Umwelt real aber wenig oder gar nichts. Mögliche Streiffelder (also fast alle aktuellen Politikbereiche) werden ausgeblendet, gefragt sind nette PR-Aktionen oder unverbindliche Gesprächsrunden (Agenda 21 usw.).

Eine vollständige Liste der direkten Verflechtungen wäre lang. Für die Spitzengremien der großen Umweltverbände sind markante Beispiele in der Tabelle "Filz zwischen Staat und Umweltverbänden" enthalten.

Beispiele für die direkte Verflechtung sind der BUND mit einem sehr hohen Anteil an SPD-Mitgliedern in den Führungspositionen oder die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, deren Vorsitzende in Ländern bzw. im Bundesverband fast alle aktive oder ehemalige, hochrangige Politiker sind, die in der Regel der CDU angehören.

Ein besonders prägnanter Fall für gemeinsame Aktionen von Staat und Umweltverbänden war 1992 der "Ökologische Marshallplan". Die Initiative ging aus von der GAP Deutschland (Globale Action Plan, eine Ini-

tiative des CDU-Mannes Johannes Karl) und wurde als erstes unterstützt von jeweils einer prominenten Personen aus den großen Parteien, dem Journalisten Franz Alt und einigen weiteren Prominenten. Einige Großkonzerne unterstützten die Idee, die viele ökoimperialistische Züge aufwies. Von Seiten der Umweltschutzverbände gab es keine klare Distanzierung, sondern eher vorsichtige Unterstützung. In der Liste der ErstunterzeichnerInnen fanden sich u.a. Jochen Flasbarth und der DNR-Vorstand.

### **Repression**

Gruppen und Einzelpersonen, die sich durch diese Vielzahl von Verlockungen nicht zu einem systemfreundlichen Kurs bewegen lassen und öffentlichkeitswirksam Widerstand leisten, bekommen die andere Seite des Staates, die "Peitsche" zu spüren. Den Anfang macht der Entzug des "Zuckerbrotes". Geldkürzungen oder schließlich vollständige -streichungen, Rauswurf aus öffentlichen Gebäuden bzw. Hausverbote, Sperren aller Informationsflüsse sowie vieles mehr gehören zum Standardrepertoire beginnender staatlicher Repression. Kaum eine Umweltgruppe hält bis dahin durch.

Sind erstmal alle Unterstützungen entzogen, aber die Gruppe agiert weiter kritisch, wird der Staat schnell deutlicher. Von den noch einigermaßen harmlosen Formen wie öffentlicher Verunglimpfung über die verfilzte Presse oder üble Nachrede am Wohnort bzw. Arbeitsplatz kann es schnell mehr werden, z.B. Druck auf Dienstvorgesetzte oder Familienangehörige, Hausdurchsuchungen, Bußgelder und Gerichtsverfahren auch ohne konkrete Anlässe, Repression durch Bau- und Finanzamt usw. gegen die Gruppe oder auch Einzelpersonen.

### **Weitere Infos und Bücherliste:**

Projektwerkstatt - Büchertisch  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
(Infopaket gegen 5,- DM in Briefmarken)